

"Keine Lösung für akute Finanzprobleme"

Neuer "Rettungsschirm" für Kurkliniken über Krankenkassen unzureichend/Noch weit entfernt von "normalem" Betrieb

Münster (cpm). Viele Rettungsschirme wurden und werden noch für Unternehmen, Berufsgruppen und Einrichtungen gespannt. Aber in einem Bereich ist die Coronapandemie überwunden und Auffassung des Bundesgesundheitsministeriums keine weitere staatliche Hilfe mehr notwendig. Stattdessen sollen die Vorsorge- und Rehakliniken des Müttergenesungswerks (MGW) künftig ihre coronabedingten Mindererinnahmen und Mehrausgaben mit den Krankenkassen verhandeln, wie der Bunderrat am Freitag (25. Juni) beschlossen hat. Darin sieht Kirsten Ruppel, Referentin im Diözesancaritasverband Münster, "keine Lösung der akuten Finanzprobleme."

Auch die Bundesgeschäftsführerin der Katholischen Arbeitsgemeinschaft im Müttergenesungswerk (MGW), Margot Jäger, sieht die 70 MGW-Kliniken mit dieser Regelung in ihrer Existenz gefährdet: "Und dass in einer Zeit, in der sie besonders dringend gebraucht werden." Die Belastungen der Familien infolge des langen Lockdowns zeigten sich in einer hohen Nachfrage in den Kurberatungsstellen und den dort geschilderten Fällen.

Das Müttergenesungswerk musste von Anfang an kämpfen - erst darum überhaupt gesehen zu werden, dann immer wieder um Verlängerungen der finanziellen Unterstützung. Der Rettungsschirm, der ohnehin nur die Hälfte der Verluste abdeckte, ist Mitte Juni endgültig ausgelaufen mit der Begründung des Ministeriums, "dass eine weitere Verlängerung aufgrund des abflachenden Infektionsgeschehens nicht erforderlich ist". Die niedrigeren Inzidenzzahlen lassen zwar einen Kurbetrieb wieder zu, aber "von Normalität sind wir noch weit entfernt", sagt Kirsten Ruppel.

In den 70 Kliniken des MGW bundesweit können teilweise noch nicht alle Plätze wieder angeboten werden und insgesamt ist ein deutlich höherer Aufwand aufgrund der besonderen Hygienekonzepte notwendig, erklärt Ruppel. Zu kämpfen hätten die Kliniken zudem mit kurzfristigen Absagen. Schon in tatsächlich normalen Zeiten sei eine Auslastung von 95 Prozent erforderlich, um keine roten Zahlen zu schreiben.

Der Verweis der Politik auf die Übernahme der pandemiebedingten Zusatzkosten durch die Krankenkassen löst für Kirsten Ruppel kurz- und mittelfristig nicht die aktuellen Finanzierungsprobleme. Die konkreten Zahlungen müssten erst noch ausgehandelt werden und das dauere erfahrungsgemäß etwas länger.

Bundesgeschäftsführerin Margot Jäger findet die Ablehnung der Verlängerung des Rettungsschirms umso unverständlicher, weil die Größenordnung im Vergleich gering sei. Im ersten Paket seien für alle 1.126 Rehakliniken bis zum 30. September 2020



rund 312 Millionen Euro geflossen, dann habe es eine Lücke gegeben und wurden im zweiten Paket von Mitte November bis Mitte Juni diesen Jahres noch einmal 244 Millionen gezahlt. Nur ein Bruchteil davon sei auf die 70 Kliniken des MGW entfallen.

056-2021 (hgw) 25. Juni 2021